



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 17. bis 22. Oktober)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 17. bis 22. Oktober)

Innere Politik

Zusammentritt des Reichstags — Beziehungen der Parteien zueinander — Konservativ-nationalliberale Annäherung — Freihandel oder Schutz Zoll — Ostmarkenfrage

Die Volksboten sind am Dienstag wieder aus allen deutschen Gauen nach Berlin gekommen, und der Reichstag hat seine Arbeiten nach vierundeinhalbmonatlicher Pause wieder aufgenommen. Nicht gern, — sogar widerwillig! Allen Abgeordneten liegt bereits die bevorstehende Wahl in den Gliedern, und da von den bürgerlichen nur wenige mit bestimmter Sicherheit auf die Wiederwahl rechnen dürfen, so ist man mit den Gedanken weniger bei den trockenen Dingen der Gesetzgebung, als draußen bei den Wählern, und noch weniger als sonst schon ist alles Trachten und Reden durch die Rücksicht auf die Sache als auf den Eindruck im Wahlkreise beeinflusst. So stellt denn die Versammlung im Wallotbau — einst das Ziel der heftigsten Kämpfe der Nation — einen so wenig erfreulichen Anblick dar, daß man leicht zu der Frage gelangen kann, ob sie, die kostspielige und unproduktive Quelle so vieler Mißverständnisse und so vielen Streites in ihrer heutigen Verfassung noch den Bedürfnissen entspricht. In dem quirlenden Durcheinander von persönlichen Zielen und Auffassungen, Ängsten und Verstimmungen scheint alles höher strebende, auf das Allgemeine gerichtete Wollen untergegangen. Kleinlicher Eigennutz triumphiert. Über dem Vaterlande die Partei und über der Partei das Ich! Nur zwei Gruppen bewahren eine ruhige Haltung und bringen dadurch zum Ausdruck, daß sie sich als die Matadore des Heute und als Sieger des Morgen fühlen. Sozialdemokraten und Zentrum, — diese von allen beneidet und von rechts achtungsvoll behandelt, jene würdelos umbuhlt von den Gruppen der bürgerlichen Linken. Von der Mitte her aber spinnen sich wieder Fäden nach rechts, und von rechts zieht's schmeichelnd zur Mitte, und wie im Vorjahr sieht man bestimmte Herren bald mit einem konservativen Abgeordneten bald mit einem nationalliberalen eindringlich verhandeln. Was die mißlungene Reichsfinanzreform trennte, soll vor der Wahlschlacht noch zusammengeführt werden, dem Ansturm der Roten zu begegnen. Das andere, tiefer gehende, das das Volk in Herz und Gefühl trägt, wird als belanglos beiseite geschoben. Aber das „Wirtschaftssystem“, das ist wichtig!

Die Frage der Aussöhnung zwischen Nationalliberalen und Konservativen ist viel zu ernst und von viel zu großer Tragweite für die

Entwicklung Deutschlands über die nächsten Wahlen hinaus, als daß man sie mit einigen Worten wie „Wahlfurcht“, „Schacher“ u. a. m. abtun dürfte. Es handelt sich bei dieser Versöhnung nicht allein um die Übernahme von Garantien für die kommenden Wahlen; es handelt sich darum, ob die auf dem Boden der Bismarckschen Gesetzgebung aus der Nation herausgekommene demokratische Richtung noch einmal zurückgedämmt werden oder ob man ihr zunächst bei den kommenden Wahlen die Möglichkeit geben soll, emporzufluten und vielleicht über die Ufer zu schäumen. Doch auch solche Erwägung erschöpft nicht die Fülle der sich bietenden Gesichtspunkte. Hinter den Reichstagswahlen lauert auch die Frage, die formell zwar nichts mit dem Reichstag zu tun hat, die aber materiell um so schwerer auf die Stimmung im Lande drückt, die Frage, ob Preußens Regierung eine Reihe von als notwendig empfundenen großzügigen Reformen zu inauguriereu bereit ist, oder ob es lediglich der Reichsregierung darum zu tun ist, einen solchen Reichstag zusammen zu bekommen, der die Annahme eines auf dem Schutzzollsystem basierenden Zolltarifs garantiert. Nachdem aber der Herr Reichskanzler im Dezember vorigen Jahres erklärt hat, er werde ohne die Zentrumsparthei nicht arbeiten, und da die Zentrumsparthei im preußischen Landtage das Hauptthemnis für einen ruhigen nationalen Fortschritt bildet — wenn es sich zurzeit auch ungemein national gebärdet —, so liegt eben die Gefahr nahe, daß eine Ausöhnung zwischen Nationalliberalen und Konservativen eine Verschärfung der geistigen Reaktion in Preußen nach sich ziehen würde, weil die wirtschaftliche Stärkung der preußischen Machthaber durch das Reich deren Sinn für zeitgemäße Reformen auf kulturellem Gebiet nicht empfänglicher machen dürfte. Könnte die preußische Regierung die wenn auch nur teilweise begründete, aber doch weite Kreise beherrschende Furcht vor der kirchlichen Reaktion bannen, die Reichsregierung hätte es verhältnismäßig leicht, einen schutzzöllnerischen Reichstag zu erhalten und damit eine Grundlage für die Verständigung der Konservativen und Nationalliberalen zu gewinnen. Es ist nicht das Sattsein, das die Menschheit voran bringt. Die größten Segnungen verdanken wir Zeiten der Not: das Christentum, die Reformation, die Reformen Steins und Hardenbergs und W. v. Humboldts und zuletzt das Reich. So urteilt man in den weiten gebildeten Kreisen der Nation, in denen die Wirtschaft wohl als die Grundlage der Volkswohlfahrt anerkannt wird, in denen man aber auch überzeugt ist, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebe und daß der Deutsche insbesondere auch noch höhere Güter zu verteidigen habe als Getreide- und Eisenzölle.

Ich will selbstverständlich nicht der Abschaffung der Zölle das Wort reden. Eine Entscheidung darüber, ob das Freihandels- oder Schutzzollsystem vorzuziehen sei, läßt sich generell überhaupt nicht treffen. Die deutsche Volkswirtschaft ist beim Schutzzollsystem mächtig emporgeblüht. So lehrt das Ergebnis, daß das System gut ist. Nebenbei geht freilich eine andere Beobachtung: der Reichtum wächst nicht in allen Schichten gleichmäßig, und da er einige bevorzugt, wirken seine Folgeerscheinungen um so drückender auf die Mehrzahl.

Einsichtige haben diese Tatsache längst erkannt und mit Recht gefolgert: wenn das System die nationale Volkswirtschaft sich entfalten läßt, so ist es für den Staat nützlich und bedarf keiner Änderung; da aber ein erheblicher Teil der Nation darunter zu leiden beginnt, so sind Maßregeln am Platze, die einen Ausgleich herbeiführen könnten. Darum die Reichsfinanz- und Steuerreform Bülow's, darum die Bestrebungen des Justizrats Bamberger und des Landrats v. Dewitz. Einem Aufsatz des letzteren in Nr. 240 des Tag entnehme ich, daß in dem Zeitraum von 1895 bis 1911 sich die Vermögen in der Größe von einer halben bis zu einer Million um 65,27 Prozent, von einer bis zwei um 72,43 Prozent und von mehr als zwei Millionen gar um 109,21 Prozent vermehrt haben, während sich die Vermögen von sechs- bis hunderttausend Mark nur um 46,8 Prozent vermehrten. Das Bild wird im Hinblick auf die Bevölkerung noch bedeutsamer, wenn man berücksichtigt, daß die Zunahme von 109,21 Prozent oder 9,5 Milliarden nur 1598 Steuerzinsen betrifft, während sich in die Zunahme von 46,8 Prozent oder 11,9 Milliarden Mark 555 901 Steuerzinsen teilen müssen; bei den Millionären beträgt der Vermögenszuwachs in sechzehn Jahren auf den Zinsen 5 904 000 Mark, bei den kleinen Kapitalisten 21 400 Mark! — Seit dem Scheitern der Reichsfinanzreform des Fürsten Bülow ist der Ruf nach billigem Brot und Fleisch lauter geworden, und da die Steuer-gesetzgebung den Ausgleich nicht bewirken konnte, so schwebt nicht nur den ungebildeten Massen das Freihandelsystem mehr denn je als Ideal vor. Dies nur zur Beleuchtung des Hintergrundes. Es sind große, tiefschneidende Wirtschaftspragen, die zur Entscheidung drängen, und die am meisten interessierten Schichten des Bürgertums suchen die politischen Parteien für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu gewinnen.

* * *

Wie so oft schon seit der Reichsgründung ist es auch diesmal die national-liberale Partei, die in schicksalsschwerer Stunde den Ausschlag geben soll für die Wahl des Weges. Die Entscheidung aber mag ihrem Führer heute noch schwerer dünken als jener Schritt Bennigsen's, der die Partei gleich nach ihrer Gründung an die Seite Bismarck's führte. Strömten nicht damals aus allen Parteien die Einsichtigsten dem genialen Staatsmanne zu? Waren es nicht gewaltige nationale Fragen, die jeden Parteianatismus niederwarfen und Konservative, National-liberale, königliche Prinzen und Handwerker sich um die Regierung scharen ließen? Das war damals, 1867. Mit dem werdenden Reich wuchs auch die Partei heran. Heute scheint eine einende Lösung nicht vorhanden. Wirr tönt es durcheinander. Hier Eisenzoll, dort Einfuhrscheine, Differenzialtarife, koloniale Erwerbungen! Alles das und noch manches andere hemmt kühne Entschlüsse. Die Aussichten der Nationalliberalen im kommenden Wahlkampf sind in keinem Falle sehr glänzend, gleichgültig, ob sie für die Konservativen oder für den Freisinn optieren. Am besten werden sie als Partei wahrscheinlich

fahren, so lange sie keinerlei generelle Abkommen für das ganze Reich schließen, sondern die Entscheidung von Fall zu Fall treffen. Sie blieben damit ihrem historischen Grundsatz treu. Den Forderungen des Augenblicks aber entsprächen sie am besten, wenn sie den Ausgleich finden könnten zwischen den Bedürfnissen des Staates und denen der einzelnen Staatsbürger. Ein solcher Ausgleich aber wäre nur denkbar, wenn die Konservativen, besser wie es geschieht, den Erfordernissen der Zeit entgegenkämen und wenn sie ihren Widerstand an durchgreifenden Wirtschaftsreformen aufgeben wollten. Das ist aber nicht der Fall. Nicht persönliche Gegensätze zwischen den Herren v. Heydebrand und Basserfmann trennen die Parteien, wie verbreitet wird, sondern die tiefgehende Verschiedenheit der Auffassungen über die Bedürfnisse der Nation. Vielleicht aber lehrt der Ausgang der Wahl Schlacht die Notwendigkeit der Ausöhnung, die dann freilich auch im Interesse der Gesamtheit läge.

Nun höre ich den Einwand: aber die Ostmark! Es ist das in der Tat der wundeste Punkt der nationalliberalen Stellung. Das Auftreten der Nationalliberalen in Posen und Westpreußen mit eigenen Organisationen war geeignet, in die gegen das Polentum geeinten Deutschen Unfrieden zu tragen. Besonders schmerzlich wird solches von allen denen empfunden werden, die für die Ausbreitung des Deutschtums in der Ostmark kämpfen. Dennoch scheint es, als müsse auch diese Störung mit in Kauf genommen werden, nachdem die nationalliberale Partei sich als diejenige erwiesen hat, die von allen bürgerlichen Parteien am konsequentesten an den Mitteln festhält, die zur Germanisierung des Ostens notwendig erscheinen. Der Freisinn hat die Ostmarkenpolitik durch übergroße Rücksichtnahme auf die städtische handeltreibende Bevölkerung gehemmt, die Konservativen Endellscher Färbung haben zu häufig und gezwungen durch die Schwierigkeit, Landarbeiter zu erhalten, das Interesse des Großgrundbesitzes über das der deutschen Nationalität gestellt. Die Nationalliberalen allein — wenn von den Parteilosern abgesehen wird — haben den national und volkswirtschaftlich gleich einwandfreien Standpunkt eingenommen, daß es die Zahl der deutschen Bewohner ist, die vor allen Dingen darüber entscheidet, ob die Ostmark deutsch bleiben soll oder nicht. Unter dem Druck chauvinistischer Regungen ist man leider im Jahre 1908 zur Annahme des Enteignungsgesetzes gekommen, das, obwohl unter konservativer Mitwirkung geboren, die Konservativen beruhigen mußte, sobald diese einigermaßen kühl über alle Konsequenzen dieser Durchbrechung des Eigentumsprinzips nachdachten. Jetzt steht dies Gesetz trennend zwischen den Konservativen und Nationalliberalen der Ostmark, weil die Nationalliberalen für seine Anwendung eintreten, während die Konservativen es unter Führung der Majoratsbesitzer perhorreszieren. Nun scheint es aber doch in der Ostmark eine Brücke des Verständnisses zu geben. Die Regierung glaubt einen Weg gefunden zu haben, auf dem das Ziel der Ostmarkenpolitik sicherer erreicht werden soll als durch das Mittel der Enteignung. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, will die Regierung die Bevölkerungsfrage

nicht so sehr als eine nationale, sondern als eine wirtschaftliche, vom Chauvinismus befreite Frage lösen, übrigens ein Weg, auf den ich schon vor drei Jahren hingewiesen habe. Die Losung „Verdrängung der Polen“ scheint aus dem amtlichen Programm verschwunden und an ihre Stelle „Vermehrung der Landarbeiter“ getreten zu sein. Die Regierung hofft damit den Großgrundbesitz zu beruhigen und überhaupt dem Ostmarkenproblem seine gefährliche, auch den konfessionellen Frieden störende Spitze zu nehmen. An und für sich ein erstrebenswertes Ziel, scheint es mir aber doch nur erreichbar, sofern die Großgrundbesitzer sich dazu entschließen könnten, selbst Arbeiterkolonien mit guten Wohngelegenheiten und ausreichenden Verdienstmöglichkeiten einzurichten. Ob die politische Nebenabsicht, die Ausöhnung der Deutschen untereinander, erreicht wird, dürfte aber wohl davon abhängen, wie weit es dem neuen Oberpräsidenten von Posen, Czjellenz Schwarzkopff, gelingen wird, den Gegensatz zwischen den konservativen Majoratsherren, die Herr v. Heydebreck um sich geschart hat, und dem Ostmarkenverein auszugleichen. Einstweilen sieht sich die Situation leidlich günstig an, da dem neuen Oberpräsidenten von beiden Seiten mit Vertrauen begegnet wird. Auch das am Sonnabend zustande gekommene Wahlkompromiß zwischen den deutschen Parteien deutet auf Veröhnung unter den Deutschen.

Auswärtige Politik

Revolution in China — Italien und die Türkei — Koweit — Friedensausichten

Der internationale Horizont hat sich durch die weitere Ausbreitung der Revolution in China während der abgelaufenen Woche wieder um eine Nuance verdunkelt. Die Nachrichten aus China lassen noch nicht erkennen, auf welcher Seite die Übermacht liegt, bei den Mandschu des Nordens oder den Rebellen des Südens. Bemerkenswert ist, daß ein Südhinese Yuan Shih-Kai, dessen Reformeifer unsere Leser bereits aus Heft 37 des Jahrgangs 1910 näher kennen, sich der Dynastie zur Verfügung gestellt hat. Freilich zögert er einstweilen unter Hinweis auf seine Krankheit mit der Übernahme der Vollmachten, und das läßt darauf schließen, daß er mit der Mandschuregierung über Reformgarantien verhandelt, ohne die er es nach seiner ganzen Entwicklung kaum auf sich nehmen dürfte, die Ruhe im Lande wieder herstellen zu wollen. Die Stellung Deutschlands zu den Vorgängen in China kann nur abwartend sein; gelänge es einer Persönlichkeit wie Yuan Shih-Kai sich durchzusetzen, dann dürfte unser Handel mit China keine erhebliche Störung erfahren.*)

*) Der leider so früh verstorbene Sinologe der Berliner Universität, Prof. Dr. Wilhelm Grube, dessen in den Heften 29 und 30 (1911) erschienene Vorträge großen Beifall gefunden haben, schrieb bereits am 21. November 1897: „Sollte China wirklich eine Wiedergeburt erleben, woran ich nach allem, was ich hier erlebt und gesehen habe, festest glaube, so wird sie sicherlich von Süden ausgehen, wo das Volk viel regeren Geistes und leichteren Temperamentes und daher für neue Ideen viel leichter zugänglich ist als im Norden.“ Die Entwicklung der Dinge in

Noch unfreundlicher gestaltet sich das Bild am Mittelländischen Meer. Je länger der Krieg zwischen Italien und der Türkei währt, um so größer ist die Gefahr seines Übergreifens auf europäisches Gebiet. Italien beginnt die Fehlerhaftigkeit seiner Voraussetzungen, in Tripolis leichtes Spiel zu haben, zu erkennen. Durch die Lokalisierung des Kriegsschauplatzes auf die Syrte ist es recht eingeschränkt und kann seine militärische Bereitschaft nicht voll zur Entfaltung bringen. Unterdessen sind die Türken befähigt, die Küste des Adriatischen Meeres in verteidigungsfähigen Zustand zu setzen und Italien erfolgreich Widerstand zu leisten, falls dieses ungeachtet der Warnungen seiner Freunde einen Landungsversuch in Albanien machen sollte. Doch soweit brauchen wir heute kaum schon zu denken, wenn auch die italienische Presse einen starken Druck auf die Regierung ausübt. Deutschlands Haltung im Falle einer Landung Italiens in Albanien wäre abhängig von dem Verhalten Österreich-Ungarns und Rußlands. Jedenfalls dürfte es kaum in die Lage kommen, zugunsten eines der kriegführenden Teile das Schwert zu ziehen.

Das gleiche darf auch hinsichtlich Koweits angenommen werden, das schon seit den achtzehnhundertachtziger Jahren das Ziel englischer Begehrlichkeit ist. Wenn die Türkei sich dieses Gebiets entäußert, so steht es keiner dritten Macht an, sie daran hindern zu wollen, es sei denn, sie böte bessere Bedingungen. Daß aber Deutschland in Vorderasien Kolonien erwerben wolle, geht aus seinem bisherigen Vorgehen in keiner Weise hervor.

Die Friedensaussichten sind während der abgelaufenen Woche nicht besser geworden. In Konstantinopel ist man kriegerischer denn je, und was von Nachrichten über angestrebte und angebotene Friedensvermittlung verbreitet wird, beruht zumeist wohl auf Kombinationen derer, die ein Interesse an baldigem Friedensschluß haben. Besonders scheint die Deutschland zugeschriebene Rolle nicht ganz mit den Tatsachen übereinzustimmen. Die deutsche Diplomatie hat keine Veranlassung, eine Initiative in irgend einer Richtung zu entwickeln; sie sammelt Nachrichten, beobachtet die Stimmung, wahrt im übrigen die Interessen des Reichs und wartet, ob Türken oder Italiener ihrer Mitwirkung zum Friedensschluß bedürfen.

G. Cl.

China hat ihm völlig recht gegeben. — Zu unserer Freude können wir unseren Lesern schon heute mitteilen, daß wir dank dem liebenswürdigen Entgegenkommen der Witve des Gelehrten, Frau Prof. Lilly Grube, in der Lage sind, eine größere Zahl von Briefen Grubes in den nächsten Hefen zu veröffentlichen.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dettauer Straße 37.